

«Ein Affront»: Fast die Hälfte der Schüler besucht die Baselbieter WMS wegen der Ferien

Es folgt das nächste Kapitel im Zoff um die Berufslehre. Die Wirtschaftsmittelschule gerät weiter unter Druck und wehrt sich.



Benjamin Wirth

Publiziert: 11.06.2025, 20:19



Nur jeder zweite WMS-Schüler gibt an, den kaufmännischen Beruf wirklich erlernen zu wollen.

Foto: Raisa Durandi (Symbolbild)

In Kürze:

- Der Anteil der Berufslehren sinkt seit Jahren kontinuierlich.
- Mitte-Landrat Marc Scherrer fordert strengere Aufnahmebedingungen für die Wirtschaftsmittelschule.
- WMS-Leiterin Yvonne Neuenschwander lehnt das entschieden ab.

Was tun nach der obligatorischen Schule? Ist die Berufslehre nach wie vor ein Erfolgsmodell und darum der richtige Weg, oder geht man doch besser in eine weiterführende Schule? Diese und ähnliche Fragen sorgen bei Eltern wie bei Politikern immer wieder für Aufregung.

Die Schülerquote an Gymnasien und weiteren Mittelschulen ist in den letzten Jahrzehnten gestiegen. Gleichzeitig verliert die Berufslehre an Bedeutung, schleichend zwar, dennoch beachtlich.

Gerade im Baselbiet führt das zu grossen Diskussionen. Nachdem hiesige Berufsbildner und Wirtschaftsverbände in den vergangenen Monaten häufig gemahnt haben, dass das duale Bildungssystem an Attraktivität einbüsse, doppelt Mitte-Landrat Marc Scherrer nach: Am Donnerstag wird er einen Vorstoss einreichen, wodurch der Druck auf die weiterführenden Schulen – in vorliegendem Fall die Wirtschaftsmittelschule Baselland (WMS) – steigen dürfte.

Ausschlaggebend für die neuerliche Kritik ist eine Umfrage, die der Kanton vergangenen Herbst bei WMS-Schülern im 1. Schuljahr in den Standorten Liestal und Reinach durchgeführt hat.

Laut dieser entscheiden sich 71 Prozent der Befragten primär für die schulische Weiterbildung, weil sie «weiter zur Schule gehen

wollen». Mehr als 45 Prozent wählen die WMS aufgrund der «häufigen Ferien», und nur jeder Zweite gab an, den kaufmännischen Beruf wirklich erlernen zu wollen.

Für Scherrer ist das «ein Affront» und ein Indiz dafür, dass die weiterführende Schule verschiedene «Fehlanreize» setzt. Ein Hauptgrund für die WMS-Wahl sei «ganz offensichtlich» die Bequemlichkeit. Während die Schüler zwölf Wochen Ferien haben, müssen sich Lehrlinge in der Regel mit fünf Wochen begnügen.

Und welcher Jugendliche wolle nicht mehr Freizeit, fragt der Wirtschaftspolitiker rhetorisch.

Um die Berufslehre zu retten, sei Marschhalt nötig

Deshalb möchte Scherrer den Zugang zur WMS erschweren. Für Jugendliche soll die Aufnahme nur noch dann möglich sein, wenn trotz nachweislich aktivem Bewerbungsprozess «keine passende Lehrstelle im gewünschten Beruf gefunden werden konnte». Aktuell werde die Grundausbildung zunehmend akademisiert.

Der Politiker aus dem Laufental ist eine der Schlüsselfiguren im Kampf gegen den grassierenden Attraktivitätsverlust der Berufslehre. Er, der hauptberuflich als Vizedirektor bei der Wirtschaftskammer Baselland arbeitet, sagt: «Die WMS zieht Jugendliche aus dem Lehrstellenmarkt ab, ohne sie verlässlich in die Berufswelt zu integrieren. Das schwächt das duale System und verschärft den Fachkräftemangel.»

Die Zahlen geben dem Landrat teilweise recht. Waren es vor rund 30 Jahren noch 75 Prozent der Jugendlichen, die nach der Oberstufe einen Beruf erlernten, sind es gemäss aktuellen Zahlen des Bundesamts für Statistik noch 65 Prozent. Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Region: Im letzten Jahr haben in Basel-Stadt 41,7 Prozent eine Lehre begonnen, in Baselland 56,9 Prozent.

Scherrers Generalkritik kommt allerdings nicht nur gut an. Die Baselbieter Bildungsdirektorin Monica Gschwind hat sich bis anhin zum Beispiel stets dafür ausgesprochen, alle Bereiche des Bildungssystems «als gleichwertige Angebote weiterzuentwickeln». Eine Konkurrenzsituation stellt sie nicht fest.

Für den Mitte-Mann ist jedoch klar: Es ist ein Marschhalt nötig. Mehr noch: «Der Kanton steht in der Pflicht, das Bildungssystem aktiv zu steuern und zu gestalten. Heute aber droht die WMS das Gleichgewicht zu verschieben – zugunsten einer schulischen Ausbildung, die als direkte Konkurrenz zur dualen Berufsbildung steht.»

Wirtschaftsmittelschule widerspricht dezidiert

Davon möchte Yvonne Neuenschwander hingegen nichts wissen. Die Leiterin der Wirtschaftsschule Baselland widerspricht dem

Politiker und betont: «Die kantonale Umfrage zeigt genau das Gegenteil. Viele Jugendliche gehen gern zur Schule und nehmen das Angebot mit voller Überzeugung wahr.»

Zu Scherrers Vorschlag hat die Schulleiterin eine dezidierte Haltung. Sie ist überzeugt: Wenn der Zugang zur WMS tatsächlich beschränkt wird, hätte das wohl kaum den Effekt, dass die Jugendlichen eine Lehre beginnen würden. Im Gegenteil: «Sie gehen dann einfach in die Fachmittelschule.»

Wenn, dann müssten die Aufnahmebedingungen für alle Mittelschulen beschränkt werden. (Dass das ebenfalls nicht in ihrem Sinn ist, versteht sich.)

Ein weiterer für Neuenschwander nicht zu unterschätzender Aspekt ist, dass vielen Schülern zum Zeitpunkt des Sekundarabschlusses noch nicht klar sei, was sie in Zukunft machen wollten. «Weiterführende Schulen geben ihnen auch mehr Zeit, sich mit der Berufsfindung auseinanderzusetzen.»

Sie ist sich zudem sicher, dass die Schüler mit der Wirtschaftsmittelschule sehr zufrieden sind. Darüber hinaus habe man mit der Einführung des WMS-Langzeitpraktikums ja durchaus auch die Berufsbildung und die Berufsmaturität gestärkt.

In Baselland werden diese Fragen noch lange beschäftigen

Marc Scherrer reicht das nicht. Es müsse sensibilisiert werden, findet er. «Viele Eltern wissen teils gar nicht, wie durchlässig unser Bildungssystem ist und welche genialen Möglichkeiten es in der Schweiz gibt.» Wer eine Lehre absolviere, habe danach ohne weiteres die Möglichkeit, ein Studium anzuschliessen – sofern er das wolle. So habe er es selbst ebenfalls gemacht.

Ausserdem fordert er, dass der Regierungsrat einen ausführlichen Bericht zur Weiterentwicklung der WMS ausarbeite, in dem auch

geprüft werden müsse, ob nicht die Schulferien gekürzt werden könnten.

Die umgekehrte Forderung nach mehr Ferien für Lehrlinge hält er hingegen für schwierig. Vielmehr obliegt sie primär der jeweiligen Branche und letztlich dem einzelnen Unternehmen. Es gehöre nicht zur Aufgabe des Staates, die Ferienplanung privater Betriebe zu übernehmen, die überdies an die Sozialpartnerschaften gebunden seien, meint er – doch wenn ein Unternehmen das selbstständig entscheide, dürfe es das natürlich. In der Region hat sich etwa der Metzgerbetrieb Bell dafür ausgesprochen, eine zusätzliche Ferienwoche zu geben.